

**Beschluss der
Europaministerkonferenz der deutschen Länder
am 30. April 2008**

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Europawahl 2009

Berichterstatter: Niedersachsen

-
1. Die Europaminister und –senatoren der Länder nehmen den als Anlage beigefügten Bericht der UAG „Europapolitische Kommunikation“ und die darin enthaltenen Aktionsmöglichkeiten im Vorfeld der Europawahl 2009 zur Kenntnis. Sie bitten die UAG, die Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen der Länder koordinierend zu begleiten.
 2. Die Europaminister und –senatoren begrüßen die Absicht des Bundes, im Vorfeld der Europawahl 2009 eigene Maßnahmen im Bereich der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu ergreifen. Sie sehen in dem gemeinsamen und abgestimmten Auftreten von Bund und Ländern einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009.
 3. Die Europaminister und –senatoren erklären ihre Bereitschaft, die von der EU, dem Auswärtigen Amt und dem Bundespresseamt geplanten Aktivitäten zur Intensivierung der Berichterstattung durch die regionalen Medien im Vorfeld der Europawahlen zu unterstützen.
 4. Die Europaminister und –senatoren begrüßen des Weiteren die Absicht der Europäischen Institutionen und des Bundes, die Länder in den Abstimmungs- und Entscheidungsgremien (Trilaterale Arbeitsgemeinschaft, Verwaltungspartnerschaft) als Partner zu beteiligen. Sie begrüßen ferner die Zusage des Bundespresseamtes, die UAG künftig kontinuierlich und frühzeitig über die europawahlbezogenen Aktivitäten im Rahmen der Verwaltungspartnerschaft zu informieren.

Anlage
zum Beschluss der
Europaministerkonferenz der deutschen Länder
am 30. April 2008

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Europawahl 2009
Berichterstatter: Niedersachsen

Bericht

I. Vorbemerkung:

Die Unterarbeitsgruppe (UAG) „Europapolitische Kommunikation“ hat gemäß Ziffer 4 des Beschlusses der 43. Europaministerkonferenz vom 19. November 2007 Aktionsmöglichkeiten der Länder für die Öffentlichkeitsarbeit zur Europawahl 2009 erarbeitet, die auf eine Erhöhung der Wahlbeteiligung gerichtet sind. Dem Auftrag der Europaministerkonferenz entsprechend hat die UAG sich auch um eine stärkere Koordinierung der diesbezüglichen Maßnahmen der EU, des Bundes und Länder bemüht. Die Trilaterale Arbeitsgemeinschaft (Rat, Europäisches Parlament, Europäische Kommission) hat sich bereit erklärt, das Vorsitzland der UAG bei den Koordinierungs- und Planungsgesprächen einzubinden. Das Bundespresseamt hat zugesagt, die Länder über das Vorsitzland frühzeitig über geplante Aktivitäten zu unterrichten. In den vorliegenden Bericht wurden neben den Maßnahmen der Länder auch die nach derzeitigem Stand geplanten Aktivitäten des Europäischen Parlaments, des Auswärtigen Amtes und des Bundespresseamtes aufgenommen. Die in diesem Bericht enthaltenen Maßnahmen werden im Laufe der kommenden Monate in Absprache mit dem Bund und den EU-Institutionen kontinuierlich aktualisiert und fortgeschrieben werden.

II. Aktionsmöglichkeiten auf der Ebene der Länder

1. Die Länder streben an, die Europawahl zu einem Schwerpunktthema der gemeinsamen Europawoche 2009 zu machen und unter Berücksichtigung des Neutralitätsgebotes alle Möglichkeiten zu einer breiten und dezentralen Information über die Rolle und Bedeutung des Europäischen Parlaments in der EU zu nutzen.
2. Die Länder streben ferner an, sich auf gemeinsame Inhalte von Informationsmaterialien, die an die jeweiligen Anforderungen auf Ebene der Länder, Kommunen oder anderer Akteure angepasst verwendet werden können, zu verständigen. Dies betrifft sowohl multimediale Themenpakete als auch klassische Printerzeugnisse wie Broschüren und Poster.
3. Die Länder werden das Gespräch mit Verlegern und Chefredakteuren regionaler Zeitungen und anderer regionaler Medien suchen und Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen sowie die Vermittlung von europäischen Themen im Kontext der Europawahlen erörtern.
4. Das Vorsitzland der UAG erstellt eine Analyse der letzten EP-Wahlen unter Berücksichtigung des Datenmaterials des Eurobarometers der Wahlen 2004 sowie aktueller Umfragen und entwickelt daraus ggfs. weitere Aktionsvorschläge.
5. Die Kultusminister und –ministerinnen der Länder werden gebeten zu prüfen, ob im Vorfeld der Europawahl 2009 das Thema Rolle, Bedeutung und Wahl des Europäischen Parlaments in geeigneter Weise in den Schulen aufgegriffen werden könnte.

III. Gemeinsame Aktionsmöglichkeiten mit anderen Akteuren und Aktionsmöglichkeiten anderer Akteure

1. Das Europäische Parlament plant im Zusammenwirken mit den Ländern unmittelbar vor den Europawahlen einen Wahlcountdown, indem möglichst in jedem Bundesland ein zentrales öffentliches Gebäude angestrahlt wird. Darüber hinaus möchte das Europäische Parlament eine Initiative „Mit Prominenten wählen gehen“ mit Werbespots prominenter Persönlichkeiten zur Europawahl durchführen sowie spezielle Projekte für Jugendliche anbieten oder unterstützen.

2. Schwerpunktthemen (Beispiel: Vertrag von Lissabon) und thematische Leitlinien für die Öffentlichkeitsarbeit zu den Europawahlen werden in der trilateralen Arbeitsgemeinschaft, in der UAG und in den Gesprächskreisen des Auswärtigen Amtes (Runder Tisch), in dem Akteure der Zivilgesellschaft mit Bund, Ländern und EU zusammenkommen, abgestimmt.
3. EU und Länder stimmen überein, dass ein gemeinsames Logo sowie ein Motto zur Europawahl möglichst frühzeitig vorgelegt werden sollte. Dieses sollte als gemeinsame Erkennungsmarke bei allen Aktivitäten zu den Europawahlen verwendet werden.
4. Es wird angeregt, dass die Europäische Union und der Bund in Absprache mit der UAG mobile Angebote und Wanderausstellungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Fläche entwickeln, um insbesondere auch kleinere Landkreise und Kommunen zu erreichen. Es sollten interaktive Konzepte und Beteiligungsformate wie wahlomat, Parlamentssimulationen oder Zukunftswerkstätten bevorzugt umgesetzt werden, um mit Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Gespräch kommen zu können.
5. Die in Deutschland geplanten Aktivitäten zur Europawahl 2009 werden im Internetportal des Auswärtigen Amtes www.aktion-europa.de und dem Terminkalender www.europatermine.de veröffentlicht.
6. Das Auswärtige Amt wird im Rahmen der Verwaltungspartnerschaft mit der Europäischen Kommission die im letzten Jahr im Rahmen des europäischen Bürgerkonsultationsprozesses durchgeführten regionalen Bürgerforen fortsetzen. Geplant sind deutschlandweit acht regionale Bürgerforen im Zeitraum zwischen September 2008 und Januar 2009.
7. Das Bundespresseamt wird eine bundesweite Informationstour durch voraussichtlich 36 Einkaufszentren und –passagen von Mitte September 2008 bis Mitte Januar 2009 mit Informationen zu den Europawahlen und Europathemen durchführen. Die Informationstour könnte von interessierten Ländern, die über entsprechende finanzielle und personelle Kapazitäten verfügen, fortgeführt werden.
8. Das Bundespresseamt plant für den Jahreswechsel 2008/2009 Anzeigen in der überregionalen Presse zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, um

Wissensdefizite in der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf diesen Vertrag abzubauen.

9. Speziell für Erstwähler beabsichtigt das Bundespresseamt im Rahmen der Verwaltungspartnerschaft ein Projekt „Jugendliche entwickeln Wahlaufufe für Erstwähler“ durchzuführen. In einer bundesweiten Reihe sollen Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren Wahlaufufe entwickeln. Dazu soll ein bundesweiter Aufruf gestartet werden, sich in Gruppen aus drei bis vier Teilnehmer/innen mit einem Wettbewerbsbeitrag in Form eines gestalteten Plakats zu bewerben.

**44. Europaministerkonferenz der deutschen Länder
am 5. Juni 2008 in Brüssel**

TOP: Länderbeobachter

Beschluss

Die Europaminister und -senatoren ernennen gemäß Art. 3 Abs. 1 des Abkommens über den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union Herrn Ministerialrat Dr. Martin Bohle für die Zeit vom 1.1.2009 bis zum 31.12.2011 zum Leiter der Dienststelle.